



**Beschluss der Sitzung vom 31.08.07:**

**Der Landesvorstand der Berliner AfA fordert den Landesvorstand der Berliner SPD auf, gegenüber den Berliner Bundestagsabgeordneten, sowie auch gegenüber dem Bundesvorstand/Fraktionsvorstand unserer Partei gegen die drohende Privatisierung der Deutschen Bahn initiativ zu werden.**

Als ArbeitnehmerInnen sind wir grundsätzlich gegen jede Form der Privatisierung der großen Staatsunternehmen und für das Festhalten an den Institutionen der Öffentlichen Daseinsvorsorge. Insbesondere nach der Diskussion mit den Berliner S-BahnernInnen, die bereits in einem quasi ausgegründeten Bereich der Deutschen Bahn AG arbeiten, hat sich gezeigt, welche verheerenden Auswirkungen die Bahnprivatisierung auf den Berliner Nahverkehr und alle Nahverkehrsbetriebe insgesamt haben würde.

Deshalb erinnert die Berliner AfA an den Parteitagebeschluss von Berlin, sowie daran, dass es in der gesamten Partei sowie der in der Fraktion Widerstand gegen die Bahnprivatisierung gibt, wonach JEDER weitere Privatisierungsschritt abgelehnt werden sollte, einschließlich des Bürgeraktien-Modells, weil nur so die Bahn als Staatsunternehmen des Öffentlichen Dienstes erhalten werden kann, ihrem Auftrag der Öffentlichen Daseinsvorsorge nachkommen kann.

**Mit Beschluss vom 30.06.07 hat der Berliner Landesparteitag unmissverständlich zum Ausdruck gebracht: „Die Berliner SPD lehnt eine vollständige oder teilweise Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG ab. Die Schieneninfrastruktur muss vollständig in öffentlichem Eigentum verbleiben.“**

Die AfA erwartet von den Berliner Bundestagsabgeordneten, dass sie dem Beschluss des Parteitage, dem Willen der Mehrheit der Berliner GenossInnen und der Berliner Bevölkerung, von denen sie das Mandat haben, entsprechen und die Privatisierung ablehnen.

Die AfA erwartet vom Berliner Landesvorstand, dass er den Bundesvorstand/Fraktionsvorstand der SPD im Bundestag über den Berliner Parteitagebeschluss nachdrücklich und unmissverständlich informiert und darauf hinweist, dass erwartet wird, dass der Bundesvorstand/Fraktionsvorstand im Bundestag im Sinne der Parteimehrheit und der Bevölkerung aktiv für die Verhinderung der Privatisierung eintritt, das bedeutet z.B. keine Abstimmung im Bundestag vor dem Landesparteitag durchzuführen.

Allein 5 Landesparteitage sagen „Nein zur Privatisierung der Bahn!“ Neben Berlin hat der *Mainzer Unterbezirksparteitag der SPD* verlangt, „statt die Bahn an Investoren“ zu verkaufen, „die nur an hohen Renditen interessiert sind (...) soll (...) die Deutsche Bahn öffentliches“ Verkehrssystem bleiben. Der *Landesparteitag Bayern* beschloss: „Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass im Bundestag die Teilprivatisierung der Bahn abgelehnt wird“. „Für uns sind das Schienennetz“, so der *Landesparteitag Baden-Württemberg*, „und ein funktionierender Eisenbahnbetrieb in Nah-, Fern- und Güterverkehr ein unverzichtbarer Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge.“

## **SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Berlin Der Landesvorstand**

Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge können wir nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte aussetzen. Dies schließt der derzeitige Entwurf des Eisenbahnneuordnungsgesetzes noch nicht aus“. (07.07.07)

Aber nicht nur in der Sozialdemokratie gibt es Widerstand:

Am 3. April hat der *DGB* beschlossen: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen die Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG grundsätzlich ab. Im Interesse der Beschäftigten der DB AG und einer nachhaltigen Entwicklung des Verkehrssektors fordert der DGB, dass die DB AG als integriertes Unternehmen vollständig in öffentlichem Eigentum verbleibt.“

Dieselbe Forderung hat die *Gewerkschaft ver.di* im Januar erhoben:

„Nein zur Privatisierung der Deutschen Bahn AG“!

Die *Vertrauensleute der bereits „ausgegründeten“ Berliner S-Bahn* schreiben in einem dringenden Apell an die Führung ihrer Gewerkschaft TRANSNET: „Als BahngewerkschafterInnen unserer DGB-Gewerkschaft TRANSNET lehnen wir den Börsengang der Deutschen Bahn AG, alle sonstigen Privatisierungsbestrebungen und Ausgründungsvorhaben sowie die Trennung von Netz und Betrieb ab. (...) Die Bahn als ein Teil des großen staatlichen öffentlichen Dienstes muss voll in die staatliche Verantwortung zurück. Nur so kann die Bahn den vom Grundgesetz gebotenen Infrastruktur-Auftrag erfüllen. Der bisherige Privatisierungskurs hat bisher Hunderttausende von qualifizierten Arbeitsplätzen bei der Bahn gekostet. Weitere sollen folgen. Die prekäre Beschäftigung breitet sich aus. Dadurch müssen wir erleben, dass selbst unsere Organisation, die Gewerkschaft TRANSNET, in Frage gestellt wird“.

„Der aktuelle Tarifkonflikt bei der Deutschen Telekom AG hat gezeigt, welche Einflussmöglichkeiten der Bund als Eigentümer eines teilprivatisierten, ehemals im Bundesbesitz befindlichen Unternehmens noch hat. Wenn eine Sparte eines großen Konzerns wie im Fall Telekom nicht so rentabel ist, wie vom Management erwartet, wird sofort mit einem Kahlschlag reagiert.“ (*Landesparteitag SPD-Brandenburg*)

**Die Bahn ist öffentliches Eigentum, sie gehört dem Volk. Keine demokratische öffentliche Vertretung hat das Recht, das Eigentum des Volkes an der Börse zu verramschen!**

**Das vom Grundgesetz geschützte Recht aller Mitglieder der Gesellschaft auf Öffentliche Daseinsvorsorge kann nur durch die staatliche Bahn erfüllt werden. Nur die bundeseinheitliche staatliche Bahn garantiert den einheitlichen gewerkschaftlichen Tarifvertrag für alle BahnarbeitnehmerInnen.**

(Einstimmig angenommen)